

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 13 Erscheint jeden Sonntag. Gotha, 31. März 1918 3-jährige Kosten 60 Pfg. die einseitige Pettizeile. 32. Jahrg.
Abonnementpreis: M. 1.— für das Vierteljahr. (Klebeben: Nr. 174.) Bei Werbeleistungen: Rabatt. — Stellenvermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Inhaltsverzeichnis.

Konferenz des 8. Bezirks. — Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie. — Eine recht eindringliche Belehrung. — Die Fortsetzung des Krieges. — Schonung der erwachsenen Kriegsteilnehmer. — Spiegel der Gewerkschaftsarbeit. — Konzepte für freigegebenes Leder zu Berlin. — Ueberwachungs-Ausgleich der Schuhindustrie. — Verbandsnachrichten. — Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands.
Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Frauenberufarbeit als Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe. — Die weitere Einahme der Frauenarbeit. — Die Bedeutung der Uebernahme von Arbeitskräften. — Die weibliche Gewalt der Kriegswirtschaft. — Was dem Säugling gebührt.
Genulleiten: Der Stopp.

Konferenz des 8. Bezirks.

Die Konferenz tagte am 17. März im Vereinshaus zu Erfurt.
Der Bezirksleiter Kollege Ulmer begrüßte die Delegierten und wünschte der Konferenz den besten Erfolg im Interesse der Organisation. Zuförderst sollte die Erörterung der schmerzlichen Einberufung der Konferenz. Er gibt die Hoffnung Ausdruck, daß die nächste Bezirkskonferenz im nächsten Monat stattfinden möge. Redner gebietet der Kollegen, die im Krieg als Opfer gefordert hat. Zu Ehren der Gefallenen erheben sich die Anwesenden von den Plätzen.
In das Bureau werden die Kollegen Ulmer, Komagoroff als Vorsitzende und Müller-Burg als Schriftführer gewählt.
Die Mandatsprüfungskommission besteht aus den Kollegen König, Döring und Weismann.
Bischof-Erfurt beantragt, die auf der Tagesordnung stehende Wahl des Bezirksleiters abzusehen, weil letzterendes der Verbandstag über die Bezirksleiter zu beschließen hat.
Der Antrag wird von Haupt-Regensburg und dem Vertreter des Hauptvorstandes Kollege König unterstützt und von der Konferenz angenommen.
Ueber die Tätigkeit der Bezirksleitung berichtet Kollege Ulmer. Die Arbeit sei in den zwei letzten Jahren eine umfangreichere als in den früheren Berichtsperioden gewesen. Demgegenüber infolge Agitation, als durch die Einführung des Wehrdiensttariffs, sowie die Bezahlung der Ausfallstunden wurde die Bezirksleitung in einer großen Zahl von Fällen in Anspruch genommen. Eingaben an die Behörden waren ebenfalls erforderlich, um den Ertragsverhältnissen Geltung zu verschaffen. Ein Fabrikant in Schmöllen wollte für sich besondere Rechte, zum Schaden der Arbeiter, in Anspruch nehmen. Durch Mithilfe des dortigen Bürgermeisters gelang es, Leuzungsanlagen einzuführen. Rummelsting in seinen Orten versuchen die Unternehmer, die Löhne niedrig zu halten. In Arnstadt erregten die höheren Löhne des Wehrdiensttariffs ganz besonders den Unwillen der Fabrikanten. Ein Unternehmer ging sogar soweit, einen Leutnant in seinen Betrieb zu holen, um die Beschäftigten zur Arbeit zu erziehen. Der Fabrikant kam jedoch nicht auf seine Rechnung und mußte die tarifmäßigen Löhne nachzahlen. Es wurden Briefe bezw. Eingaben nötig: 32 an Fabrikanten, an Behörden und 3 an Bürgermeister, um die Rechte der Kollegen und Kolleginnen zu wahren. Die höchsten Leuzungsanlagen im Bezirk wurden in Burg und Weiskopf gebildet. Besonders schließt sich das Organisationsverhältnis in der Schörling in Regensburg, obwohl von der Organisation Leuzungsanlagen herausgeholt wurden. Bei Henze u. Ko. in Nordhausen mußte nachgeholt werden. Es waren dies Beiträge bis 225 Mark. Solche Zustände seien zu vermeiden, weil Kollegen, die den Betrieb verlassen haben, leer ausgehen können, und der Fabrikant den Gewinn in die Tasche steckt. Es ist sogar vorgekommen, daß Kollegen auf solche Weise vertrieben haben, weil sie mit ihrem Votum zurückgeblieben waren.
Die Mitgliederbewegung im Bezirk gestaltete sich wie folgt: Am Schlusse des 4. Quartals 1917 waren 5812 Mitglieder vorhanden, davon 3140 weibliche, 5000 Kollegen,

das sind 71,5 Prozent, sind zum Militärdienst eingezogen. Der Zugang in den beiden letzten Jahren betrug mit den Uebertritten 2327, der Abgang 2287, so daß eine rechtliche Vermehrung nicht stattgefunden hat. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist gegen 1914 geringer geworden.
Von den 3 größten Zahlstellen haben Erfurt 209 und Weiskopf 293 Mitglieder verloren, Burg dagegen hat einen Gewinn von 240 zu verzeichnen. Jedoch mußte festgestellt werden, daß die Verwaltungen der beiden ersten Orte die Schuld am Rückgang nicht trifft. Ein Teil der kleineren Zahlstellen sind infolge der Verhältnisse eingezogen. Die Bezirksliste hatte eine Einnahme von 1887,24 Mark, der eine Ausgabe von 1764,88 Mark gegenüber: 1101. In Unterklassungen wurden in der Berichtszeit 92 928,95 Mark ausgezahlt; davon allein an Kriegerfrauen 21 000 Mark.
Redner hofft, daß nach dem Kriege nicht nur der alte Stand der Mitgliedschaft, sondern ein bedeutendes Mehr erreicht werde.
In der Debatte stellt Kaschube-Burg fest: Der Vorsitzende der Schlichtungskommission habe John gewirkt, daß der Fabrikant Henze in Nordhausen den tariflichen Lohn bezahlt habe.
Krug-Nordhausen erklärt, der Fabrikant habe gezahlt, da er Gefahr lief, daß sein Betrieb geschlossen werden könnte. Schließlich hat er sich an den Tarif gewöhnen müssen.
Haupt-Regensburg: Die Höhe der Mitgliederzahl im Bezirk beruht darin, daß 3 große Schuhindustriestädte vorhanden sind. Alle übrigen Zahlstellen haben schwer gelitten. Der größte Teil der Mitglieder besteht aus jugendlichen und weiblichen. Die Schuld des schlechten Organisationsverhältnisses bei Böhrling in Regensburg ist in einem verloren gegangenen Streit zu suchen. Zu bebauern sei, daß es heute nicht möglich ist, nur für die Organisierten zu sorgen. Die Schuhmacher haben vom Krieg keine Vorteile gehabt, gegenüber anderen Berufen. Nach seiner Ansicht werden sich nach dem Kriege bedeutende Verschärfungen vollziehen.
König-Rürnberg: Viele Zahlstellen bestehen nur noch dem Namen nach. Der Zentralvorstand hat viele deshalb bestehen lassen, um einen sofortigen Ausbruch nach dem Kriege zu ermöglichen. In der Liquidation dürfe nicht nachgelassen werden. Man darf nicht außer acht lassen, daß die christlichen Gewerkschaften jetzt besonders eifrig sind. Bei fleißiger Arbeit können in den meisten Orten noch Mitglieder gewonnen werden. Auch muß darauf geachtet werden, daß die zur Arbeit zurückkehrenden Kollegen die Mitgliedschaft wieder aufnehmen. Jede Gelegenheit soll wahrgenommen werden, neue Mitglieder zu gewinnen.
Nowag-Erfurt: Man müsse sich darüber klar sein, daß die Eingezogenen zum großen Teil nur auf dem Papier stehen. Ein Teil arbeitet und zahlt nicht. Er habe auf diesem Gebiete die sonderbarsten Erfahrungen gemacht. Auch er vertritt die Ansicht Königs, fortgesetzt zu agitieren. Für die Ersatzstoffe hat Redner nichts übrig. Trotzdem sei nach seiner Ansicht mit Arbeitslosigkeit nach dem Kriege nicht zu rechnen.
Hierauf wird der Bezirksleitung Entschloßung erteilt.
König-Erfurt berichtet für die Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 30 Delegierte, 3 Mitglieder der Bezirksleitung und Kollege König als Vertreter des Zentralvorstandes. Die Mandate werden sämtlich für gültig erklärt.
Auf Antrag Haupt-Regensburg wird zunächst über den Reichslohnstarif für Zivilschuhwerk verhandelt.
Referent ist König-Rürnberg. Gineitend führt er aus, so leicht wie der Reichsmilitärrat hat sich der Ziviltarif nicht schaffen lassen. Wertvoll sei, daß der Ueberwachungs-ausschuss, sowie alle in Frage kommenden Verbände am Abschluß beteiligt sind. Der Referent erläutert eingehend die Bestimmungen des Tarifes und gibt Aufstellungen über die zuletzt abgeschlossenen Verhandlungen. Der Vorstand sei der Ansicht, der Tarif bedeute eine Verbesserung. Leider war es nicht möglich, den berechtigten Wünschen aller Rechnung zu tragen. Die Zeitgeilt sei die günstigste gewesen, überhaupt zu einem Tarif zu gelangen. Die Gesandtheit zu einem solchen zu kommen, werde nicht so leicht geboten werden, deshalb empflehle er die Annahme des Vertrages.
Nowag-Erfurt kann sich nicht so gut mit dem Tarif abfinden. Heute stehen wir ohne Tarif besser als andere

Berufe. Der Lohn für weibliche Arbeiter sei zu niedrig, man hätte an 40 Pfg. festhalten müssen. Zu vertreten sei, daß die Jugendlichen ausgeschaltet seien. Die Abschaffung der Fournituren sei ja ein Vorteil, doch komme es auf die Entschädigungen an. Die Bezahlung von Seide und Garn werde noch manche Differenzen herbeiführen. Bei der letzten Verhandlung hätte man nicht zurückgehen dürfen.
Trotzdem wünscht Redner die Annahme des Tarifes, weil dann wenn die Arbeiter aus den Rüstungsbetrieben zurückfließen, die Fabrikanten den Tariflohn zahlen müssen, Redner schließt die Schwierigkeiten mit denen dann die Schlichtungskommissionen arbeiten müssen. Es sei gefordert worden, die Fabrikanten sollen den Betrag einzeln unterzeichnen; dies sei eine große Gefahr, da dann die Schlichtungskommissionen nicht befreit werden könne.
Haupt-Regensburg: Die Materie konnte der Masse überraschend. Die Kollegen, die an den Verhandlungen teilgenommen. Ein Fehler sei, daß der Tarif schon veröffentlicht worden. Ein Fehler sei, daß der Tarif schon veröffentlicht sei und hinterher noch Änderungen kommen. Der Vertrag sei wertlos, wenn jeden Unternehmer frei stehen soll, den Vertrag zu unterzeichnen oder nicht. Es muß daran festgehalten werden, daß die Fabrikanten dahin arbeiten und sich verpflichten, die übrigen zu zwingen, den Tarif einzuführen. Das einzige gute am Tarif ist, daß die schlecht bezahlten in verschiedenen Gegenden Deutschlands bedeutende Vorteile genießen. Ein zweiter Tarif wie dieser dürfte nicht wieder zustande kommen.
Gerbing-Erfurt: Die neuesten Verhandlungen und Kläufchen einen Teil der Kollegen, diese müßten Opfer bringen für die, die nicht organisiert sind.
Chlebowski-Weiskopf teilt mit, die Weiskopfer Fabrikanten haben erklärt, für sie sei der Tarif unannehmbar, weil sie während des Krieges bereits 50 Prozent zugelegt haben. An der Hand einer Anzahl Beispiele weist Redner nach, daß sich eine Anzahl Kollegen verschlechtert. Weiskopf würde dem Absatz 2 des neuen § 12 nicht zustimmen.
Kaschube-Burg: Der Tarif ist zweifellos ein Fortschritt. Das Unterangebot nach dem Kriege wird ausgeschaltet. Auch wir in Burg sind vom Tarif nicht voll befreit. Wir treten deshalb für den Tarif ein, weil ein großer Prozentsatz — die schlecht Bezahlten — enorme Vorteile haben. Zu wünschen ist, daß der Ueberwachungs-ausschuss von seinem Macht Gebrauch macht. Es muß abgemerkt werden, wie wir in der Praxis mit dem Tarif fahren und diesen dann zweckmäßig ausbauen.
Es liegt folgender Antrag Haupt-Regensburg vor:
Der Vorstand ist zu eruchen, den Reichstarif nur dann zu unterzeichnen, wenn die Organisationen der Unternehmer für ihre Mitglieder die Einhaltung des Tarifes in gleicher Weise verbürgen, wie dies seitens der Arbeitnehmern für ihre Organisationsangehörigen ebenfalls geschieht.
Nach einem Schlußwort des Kollegen König wird der Antrag Haupt gegen 1 Stimme angenommen.
Zum nächsten Punkt: Stellungnahme zum Verbandstage in Regensburg liegen folgende Entwürfe der Zahlstelle Erfurt vor:
Die Zahlstelle Erfurt stellt den Antrag, die Entwürfe des Zentralvorstandes auf Beitragserhöhung und Unterklassungsänderungen zur Urabstimmung zu stellen.
Der Verbandstag wolle beschließen, daß die Beitragsleistung nicht nach Lohnklassen bestimmt wird, sondern es soll jedem Mitglied freigestellt werden, welcher Klasse es sich anschließen will.
Eine Karenzzeit von 3 Tagen, wie sie im Vorstandsantrag verlangt wird, soll nicht eingeführt werden.
Die Zahlstelle Erfurt stellt den Antrag an die Bezirkskonferenz, daß solange die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften den Beschluß vom Juli 1917, welcher besagt: daß Abgeordnete der U. S. B. zu ihren Beratungen nicht zugelassen werden sollen“ beantragen wir, solange dieser Beschluß nicht aufgehoben wird, die Beiträge für die General-Kommission zu sperren.
Die Entwürfe des Vorstandes begründet Kollege König umfassend. Fast alle Verbände sind dazu übergegangen, die Beiträge zu erhöhen. Die Krankenkassen müssen daselbst tun. Aus leicht erklärlichen Gründen muß unsere Organisation den Beitragsverhältnissen Rechnung tragen. Am Interesse der Mitglieder ist eine Erhöhung der Beiträge notwendig.

Waher müssen aus den übrigen Mitteln zur Bestreitung der Unterhaltungen selber drangefordert werden.

Königliche Anstalt behauptet, daß die Anträge nicht früher bekannt gemacht wurden. Es sei schwer durchführbar, die Voten der Mitglieder festzustellen. Er wünscht eine Abstimmung vornehmen zu lassen. Im Anstalt wird gewünscht, mit diesen Anträgen bis nach dem Siege zu warten. Das höchste Veranlassungsbedürfnis wogte sollte man sich zur Unabstimmung entscheiden.

Rasch über Burg erklärt, man könne die Entscheidung einer solchen wichtigen Frage nicht denjenigen überlassen, die die Vorparlamenten setzen oder gar nicht besuchen. Es ließe hierbei sehr viel auf dem Spiele. In Burg sind in Konferenzen ohne Widerspruch die Mitglieder von der Notwendigkeit überzeugt worden.

Die gleiche Ansicht vertritt Fleckner, Mühlhausen, Gerding und Werner. Er erst pfänden für die Abstimmung.

Haupt-Redeurg bekräftigt die Beitragserhöhung und wieder sich gegen eine Urabstimmung. Ebenso vertritt er die Entscheidung in 4 Klassen.

General-Burg empfiehlt einen Antrag Birnbaumers, der 8 Klassen vorschlägt.

Hierauf erklärt König-Münberg das Wort zu seinen Schlussfolgerungen. Gegen 3 Klassen mit erhöhten Beiträgen hat er nichts einzuwenden. Wichtig sei jedenfalls, wenn die Klassen, welcher Klasse ein Mitglied angehört, muß die bestragte Urabstimmung sei zu vermeiden.

Haupt-Redeurg beantragt:

Die Konferenz spricht sich für Einführung von nur 3 Klassen aus mit der Weisung, daß die niedrigste Klasse mit 50 Pfg. festgelegt wird.

Für den Antrag tritt Chlebowski, Weisenfels ein.

Rowag erhebt die Einsprüche, die den Sachstellen verteilen, höher zu bemessen, da diese die Unkosten bedeutend höher sind. Er tritt für freiwillige Beitragsleistung ein und verzweifelt auf die Jugendkassen, die die Organisation verlassen würden, wenn die Beitrag in der ersten Klasse zu hoch bemessen würde. Redner tritt für eine Urabstimmung ein.

König-Münberg macht darauf aufmerksam, daß dann, wenn eine Entscheidung nach Vorklassen erfolgt, die Vorklassen besser abnehmen.

Es folgen die Abstimmungen. Für die Beitragserhöhung entscheidet sich die Konferenz einstimmig.

Der Antrag Haupt wird mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Einstimmig wird beschlossen, für freiwillige Beitragsleistung einzutreten.

Ebenso wird dem Antrag keine Karenzzeit bei Krankunterstützung einzuführen, zugestimmt. Die Vorstandsentscheidungen über Erhöhung der Beiträge und Bestimmung der Höhe der Beiträge sind angenommen.

Der Antrag Urban, Sperrung der Beiträge an die Gewerkschaften betr., wenn der Beschluß vom Juli 1917 nicht aufgehoben wird, wird von Haupt-Redeurg bekämpft. Bei Annahme des Antrages würden wir uns abwärts der deutschen Gewerkschaftsbewegung stellen und auf jeden Einfluß in ihr verzichten. Der Antrag wird mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen. Wegen vorgedachter Zeit hatte ein Teil der Delegierten die Konferenz schon verlassen. Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie.

Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ verzeichneten im Monat Januar die berichterstattenden Arbeitsnachweise für die Schuhindustrie 901 (Dezember 714) Arbeitsuchende, 2284 (2067) offene und 537 (405) besetzte Stellen. Im Vergleich mit dem Dezember weist der Berichtsmonat in allen drei Abteilungen eine Zunahme auf, wobei die der offenen Stellen die stärkste ist. Reichlich dreieinhalb der offenen Stellen blieben wiederum wie in den Vormonaten unbesetzt. Auf 10 offene Stellen kamen 30 Arbeitsuchende gegen 34 im Dezember.

In den größeren Einzelstaaten gestaltete sich der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie so:

	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Besetzte Stellen
Preußen . . .	393 (276)	1268 (1118)	311 (185)
Bayern . . .	286 (250)	316 (310)	77 (90)
Sachsen . . .	26 (26)	48 (69)	13 (19)
Württemberg . . .	41 (31)	162 (164)	32 (21)
Baden . . .	33 (34)	107 (125)	25 (25)
Hessen . . .	36 (13)	109 (56)	28 (6)
Hamburg . . .	13 (6)	44 (32)	13 (6)
Schlag-Vertrittenen . . .	42 (27)	140 (90)	16 (12)

In allen acht Staaten betrug die Zahl der offenen Stellen das Mehrfache der der Arbeitsuchenden.

In den Berichten der Industrie wird über die Lage der Schuhindustrie gesagt: „In der Schuh- und Stiefelindustrie sind bilanzartige Verbesserungen der Verhältnisse nicht eingetreten. Verdesentlich wird der Beschäftigung als sehr gut und dem Vormonat gegenüber als besser gekennzeichnet.“

Aus Berlin wird berichtet: „Trotz des Lebensmangels wurden Schuhmacher rege gesucht, die Aufträge konnten nur zum Teil erfüllt werden.“ Aus dem Rheinland wird berichtet, daß von den Schuhwerkstätten und insbesondere von den Großbetrieben der Schuhindustrie, die für ihre Arbeiter Ausbesserungswerkstätten eingerichtet haben, Schuhmacher stark gesucht sind.

In Mitteldeutschland werden Facharbeiter für die Herstellung von Holzjochen und „in großen Maße“ verlangt.

In der englischen Schuhindustrie behauptete sich im Monat Dezember die sehr gute Beschäftigung der Normalen, obgleich für die weiblichen Arbeiterkräfte infolge des bestehenden Mangels an männlichen Hilfskräften die Tätigkeit zum Teil nur mäßig war.

In der amerikanischen Schuhindustrie war im Monat November eine Verminderung der Arbeiterzahl gegenüber dem Oktober um 5,1 Prozent eingetreten infolge „Abwanderung des Beschäftigungsgrades“. Die Lohnsumme verminderte sich aber nur um 1,5 Prozent.

Eine recht eindringliche Belehrung

wie neugewonnene Mitglieder aufgeklärt und an den Verband gefestigt werden müssen, gibt unser Bundesorgan, das österreichische „Neue Schuhmacher-Fachblatt“. Wir entnehmen demselben das Nachfolgende:

„Eine schwierigerer Sache ist es, den neugewonnenen Mitgliedern die nötige Lieberzeugungstreue beizubringen, sie mit grundsätzlicher Bildung zu versehen. Die Vorträge über „Zweck und Nutzen der Organisation“ sind ein wertvolles Mittel. Ob aber der Vortragende immer das Bescheid hat, dieses Thema so zu beherrschen, daß es auch dem primitivsten Verstande zugänglich ist, ist eine andere Frage. Alle unsere in allgemeinen Gewerkschaftsversammlungen gehaltenen Vorträge tranken leider daran, daß sie nicht einer ausserwählten Zahl Leichtgläubiger mitgeteilt werden, weshalb der eine den Vortrag begriff und ihn interessant findet, während der andere nach dem Vortrage gelangweilt und uninteressiert die Versammlung verläßt. Eine gleichmäßige Wirkung wird sich auf diese Weise nie erzielen lassen. Zudem sind ja die Gewerkschaftsversammlungen zu meist schon mit geschäftlichen Zwecken ausgefüllt, mit der Erstattung von Berichten über Kasse und Verwaltung, mit Vorträgen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit der Erörterung von Lohnbewegungen. Wenn diese Tätigkeiten in den Versammlungen in richtiger und würdiger Form ausgeübt wird, bietet sie allerdings einen bescheidenen Anfang für eine gleichzeitige Auffklärung der gewerkschaftlichen Anfänger und ist geeignet, ihr Interesse mehr zu wecken, aber eine vollwertige Auffklärung kann sie unmöglich sein. Und da Vorträge selten gehalten werden können und, wie vorn gesagt, auch nie eine gleichmäßige Wirkung hervorzuheben, höchstens allgemein begeistern, nie aber allgemein überzeugend wirken, ist es nötig, noch auf andere Weise größeres Wissen unter den Mitgliedern zu verbreiten. Dies wird es zweckmäßig sein, vor allem die neugewonnenen Mitglieder durch das geschriebene Wort aufzuklären zu suchen. Es gibt gute Broschüren, die in die Anfangsgründe der Gewerkschaftsaufgaben einführen, und wo solche nicht vorhanden, dürfte es nicht schwer fallen, durch eine dazu beauftragte Person eine solche Broschüre schreiben zu lassen, worin jedes neuaufgenommene Mitglied den geeigneten Anfangsunterricht erhält. Gewiß, oftmals wird die Broschüre ungelesen liegen bleiben. Dann ist es eben nötig, nachzuhelfen und durch Geminieren zu versuchen, ob das Mitglied sich von dem Inhalt des Büchleins unterrichtet hat. Inwiefern das wäre auch zu erfragen, die in einem letzten Teilabschnitte gewonnenen Mitglieder (vor allem die jüngeren) besonders zu einer Zusammenkunft zu laden und ihnen entweder einen geeigneten Vortrag zu halten oder den Inhalt der Broschüre vorzulesen und der Vorlesung ein Frage- und Antwortspiel folgen zu lassen. In vorgedrittenen Gebieten können dann schwerigerer Lernatlas zur Erörterung gelangen und auf diese Weise allmählich Lieberzeugung und Wissen beigebracht, gestärkt und gefestigt werden.“

Gewiß, diese Art der Auffklärung ist eine methodische und sie enthält in der Ausführung manche Schwierigkeiten. Sie strebt die möglichste Individualisierung im Bildungsgange an. Sondern ist die Ausübung keineswegs unmöglich, wenn eine Verwaltung sich dieser Aufgabe mit Sorgfalt und Mühe widmet. In größeren Sachstellen wäre die Durchführungsmöglichkeit eines solchen Programms ohne weiteres gegeben. Mehrere Jochstellen könnten sich dadurch helfen, daß die örtlichen Gewerkschaftskomitees in dieser Richtung bestrebt sind und durch Zusammenlegung kleinerer Kreise das gleiche Ziel zu erreichen trachten. Wohl wäre die Mühe groß, der Erfolg aber noch größer. Viele Einführungen gewerkschaftlicher Individualisierter Unterrichtsreihe, möglichst dem Können und Verstehen des Einzelnen angepaßt, erhalten die selbstbewusste Heranbildung einer großen Anzahl der Mitglieder zum allmählichen Erlernen aller gewerkschaftlichen Probleme, und es ist leicht zu ermaßen, welche Fülle von Wissen durch die so Unterrichteten wieder auf die große Zahl Neugewonnener übertragen werden könnte.

Küme man endgültig damit auf, daß man dem neugewonnenen Mitglied einfach das Mitgliedebuch und Verbandsstatut überreicht und das weitere Geschick dieses Mitgliedes dem blinden Zufall überläßt. Sorge für eine geeignete Beitragserklärung, sofort aber auch für formale Auffklärung und Weiterbildung! Die Aufgabe ist allerdings schwer und nicht mit einem Schlage zu lösen. Aber das Ziel ist groß: Die Zahl der Lieberzeugungstreuen Mitglieder wird sich dann von Tag zu Tag vergrößern und die Situation, dieses allseitigen gewerkschaftlichen Misset, wird mehr und mehr eingeklemmt werden!

Die Fortsetzung des Krieges.

Je länger der Krieg dauert, desto furchtbarer Form nimmt er an. Die ungeheuren Soldatsmassen, die an den Fronten aufkommenegebeht werden, sind ebenfalls unheimlichen Massen der grauenvollsten Kriegswertzeuge, Feuer, Gift, Gas, können einem noch menschlich Fühlenden das Blut in den Adern erstarren machen. Und von Millionen das Schicksal bedenk, ist vielleicht noch die Entscheidung herbeigeführt. Das sind die Folgen des Krieges, wahltnms drüben und hüben.

Im Reichstag wurden 15 Milliarden neuer Kriegskredite bewilligt.

Darüber geht der Streit in den beiden sozialdemokratischen Fraktionen weiter. Wir geben die Ansichten der beiden ersten Redner dieser Parteien wieder und überlassen den Lesern, sich ein Urteil zu bilden. Der Redner der Reichsfraktion Abg. C. Bert führte aus:

„Über unsere Beurteilung des Offiziers haben wir keinen Zweifel gelassen. Ich muß sich hier entschieden zum Ausdruck bringen, daß die Reichsregierung in bestimmten Erklärungen den Vätern in Polen, Litauen und Kurland das Recht zugesichert hat, die künftige Gestaltung des Schicksals selbst zu bestimmen. Von der tatsächlichen Durchführung dieser Zusicherungen wird es abhängen, wie wichtig die Welt die Politik des Reiches beurteilt. Auch die Wichtigkeit des Reichstages hat sich für gerechte Ausprüche eingestellt. Wir müssen deshalb dem Reichstagsrat die Bestimmung erwarten, daß er sich durch keinerlei Maßnahmen von der reiflichen Erfüllung dieser übernommenen Pflichten abhalten läßt.“

Im Westen sind leider immer noch keine Aussichten zu sehen. Wir haben unser Möglichstes getan, um dort weiteren Blutergüssen ein Ende zu setzen. Die Friedenshoffnungen lag die Diskussion zwischen dem Reichstagsrat und dem Präsidenten Wilson aufkommen. Wilson hat in seiner Botschaft vom 11. Februar hervorgehoben, welcher Grundlage man zu allgemeinen Friedensverhandlungen kommen könnte. Der Reichstagsrat hat darauf am 25. Februar erklärt, er stimme den vier „Vindictas“ Wilsons grundsätzlich zu, auf dieser Grundlage könnte der nächste Frieden erörtert werden. Weiter hat sich der Reichstagsrat bereit erklärt, mit der beabsichtigten Regelung über die Regelung der beabsichtigten Frage in eine unverbindliche erste Schritt zur Verständigung begrüßt. Eine Annahme ist aber weder von Wilson noch von der beabsichtigten Regelung gegeben worden. Dagegen haben die Staatsmänner von England, Frankreich und Italien keinen Zweifel gelassen, daß sie nach wie vor an ihrem Standpunkt festhalten wie er in dem Beschluß von Versailles festgelegt ist, was sagt wird, die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten verbleibe darin, mit äußerster Kraftanstrengung in geschäftig wirksamster Zusammenarbeit die militärischen Bemühungen fortzusetzen. Das heißt also Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung der letzten bestimmten Kriegsziele der Entente von denen Lord George sagte, die Regierung konnte nicht im geringsten abgehen. Aus England haben wir nicht gehört, daß die von der Regierung geforderten Kredite im Unterhause einstimmig bewilligt worden sind, aus Frankreich, daß sie mit allen gegen 5 Stimmen bewilligt sind. So befindet sich unser Land nach dem Besten im noch in der Verteilung gegen die Welt, die uns an der Welt überlegen sind und die Lebensinteressen der Welt bedrohen. Wir werden deshalb den geforderten Kriegskrediten zustimmen.“

Abg. Bernstein im Namen der Minderheit: Die Kreditforderung, mit der die Reichsregierung den Reichstag tritt, bringt die Summe der für diesen geforderten Kredite auf 124 Milliarden Mark. Die Zinszahlung und Tilgung dieser Summe beanspruchen eine solche Last von über 8 Milliarden Mark, die durch die unendlichen Ausgaben für Kriegspensionen, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung nach um mehrere Milliarden Mark erhöht wird.“

Bei der Abneigung der herrschenden Klassen gegen nach oben steigende Vermögensgaben und Einkommensteuern steht es außer Zweifel, daß man versuchen wird, größten Teil dieser Last durch fiskalische Monopole und direkte Steuern zu decken, die das Leben und die Wirtschaftsbedingungen des deutschen Volkes außerordentlich verteuern werden. Noch nach Wessingung des Krieges wird die Erhöhung der Lebenskosten mit stärkster Wucht die um zu arbeiten und die im selben Gehalt stehende breite Masse treffen, zugleich aber auch dem Kriegsgewerbe der Lebenskosten gegenüber dem durch staatliche und kapitalistische Monopole gestärkten Großkapital bedeutend erhöhen.“

Jede Verlängerung des Krieges verstärkt diese Forderungen und führt zu unabsehbarer Vermehrung des Zins. Dabei wird der Krieg immer grausamer geführt und wirkt immer mehr auch die nächstempfindende Bevölkerung seiner mörderischen Wüten. Eine Entlohnung, an der deutsche Kriegsführung ihr großes Maß von Mißbrauch und zugleich ist die Kriegspolitik der Reichsregierung hohem Grade durch mitterantwärtlich, daß der Krieg, im Ausbruch zu verfallen sei im Jahre 1914 in der Hand des Reiches ein Ende findet, daß allgemeine Erschöpfung die Wälder droht.“

Die Reichsregierung hat den Friedenswillen der öffentlichen Regierung des revolutionären Rußland durch nicht, diesem Bedingungen aufzuerlegen, denen sich die lebensschafflichen Kriegesregime Rußlands nur mit entrüstetem Protest gefügt haben. Sie hat damit die Fortsetzung eines Staatsvertragsverhältnisses zwischen Rußland und dem Reich bewirkt, die die Friedenswillen der Reichsregierung mit der Bourgeoisie Rußlands nicht vereinbar ist. Die Friedenspolitik des Reiches ist ein Verbrechen, das die Weltgeschichte nicht vergessen wird.“

...wird dieser Wandel nicht. Hier haben Jander und Schwerindustrie unseres Großens wenig Grund, mit der Regierung unzufrieden zu sein.

Die politische Situation, wie sie sich aus den Reichstagsberichten ergibt, kann keineswegs Anspruch darauf machen, hinsichtlich des Friedens als klar und einwandfrei bezeichnet zu werden; die Verhandlungen haben aber Gelegenheit, den Friedenswillen der großen Masse des deutschen Volkes zu bezeugen.

Der „Tabak-Arbeiter“ (Nr. 10) beschäftigt sich mit den weitreichenden Forderungen der Agrarier, die auf dem kürzlich in Berlin abgehaltenen „Kartoffeltag“ der Landwirte sehr stark betont worden sind. Das Blatt wendet sich gegen die fortgesetzten Ansprüche der Agrarier nach immer höheren Preisen und legt zum Schluss durchaus zutreffende:

„Wogegen wir uns weiter wenden müssen, ist die dauernde Verwendung von Kartoffeln für die Brotbereitung. Nicht zum wenigsten wird der Druß nach Frieden von dem Hunger mit getragen, bald wieder gutnährendes, reines Getreidebrot zu erhalten. Nach dem Kriege wird das um so wichtiger, als die Volksmassen ausgehungert und einmüde sind durch die jahrelange Internierung, und möglichst schnell durch kräftige Nahrung, besonders durch gutes Brot, wieder gekräftigt werden müssen. Diese Bedingung muß erfüllt werden, schon mit Rücksicht auf die Steigerung der Arbeitskraft, die zur Entzerrung unserer Volkswirtschaft nötig ist. Aber solche Argumente imponieren unsern Agrariern nicht, deren Begehrenheit bei Jahrzehnten durch das falsche Geldwort: „Schutz der nationalen Landwirtschaft“, das nur aus Gewinnlust erwirbt, gänglich ausgetrotet worden ist.“

Die „Buchbinder-Zeitung“ (Nr. 11) berichtet: „Eine Eingabe um Schutz des Vereins- und Versammlungsrechtes ist vom Vorstand unseres Verbandes an den Reichstangler gerichtet worden. Die Gewerkschaftsleistungen müssen, um fruchtbringende gewerkschaftliche Tätigkeit einleiten zu können, durch Wort und Schrift schnell mit den Mitgliedern der Organisation in Verbindung treten können. Dem stellen sich aber Behinderungen der Stellvertreter des Generalkommandos in den städtischen Provinzen des Reiches entgegen, durch die bestimmt wird, daß für alle Versammlungen, in denen über Lohn- und Arbeitsbedingungen gesprochen werden soll, die zu acht Tage vorher um Genehmigung nachgesucht werden muß, daß Einladungen zu den Versammlungen vor Erteilung der Genehmigung nicht ausgegeben werden dürfen, daß in den Versammlungen nur vorher der Polizeibehörde gemeldete Redner das Wort nehmen können und daß Druckschriften nur nach vorheriger Genehmigung verbreitet werden dürfen, die bei jeder Ortspolizeibehörde besonders nachgedruckt werden muß.“

Gegen diese Erzwürmung der gemeinschaftlichen Tätigkeit wendet sich die Eingabe unseres Verbandes an den Reichstangler, dem Kriegsminister und dem Reichstage zugestellt worden. Aus der Reichstanzlei ist inzwischen die Mitteilung gekommen, daß der Reichstangler die Eingabe dem Staatssekretär des Innern zur weiteren Verfügung überwiesen habe. Hoffentlich fällt diese „weitere Verfügung“ so aus, daß die zuerst genannten Behinderungen der Generalkommandos beseitigt werden und die Gewerkschaften auch in den städtischen Provinzen des Reiches- und Versammlungsrecht wieder ungehindert ausüben können.“

Der „Grundstein“ (Nr. 10) behauptet eine merkwürdige gesellschaftswissenschaftliche Auffassung. Für ihn gibt es eine Störung des Kapitalismus, und als Begleiterscheinung eine riesenhafte Sozialisierung der Gesellschaft — innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft. Unbestimmt um die tatsächlichen Verhältnisse, vornehmlich der sozialistischen Verwirklichung der sozialen Lage der Arbeiter, schreibt er:

„Der Einfluß der Arbeiter auf die Staaten ist im Wachsen begriffen, aber ihre Lebenshaltung hat sich dank der allgemeinen Warenknappheit trotz erhöhter Löhne verschlechtert, ihre Ernährung ist unzureichend, Kleidung und Hausrat sind abgenutzt. Der Krieg hat den Wohlstand der Völker vernichtet, die Staaten verschuldet und auf lange hinaus den Grund zu schwerer Tributpflicht für die Massen gelegt. Der Krieg hat in wahrstündiger Weise die Preise gesteigert, die Kaufkraft des Geldes gedrückt, den Reallohn verflüchtigt und mit alledem den Wert der Ware Arbeitskraft herabgesetzt. Auf der andern Seite hat er den Besitzern von Grund und Boden, von Kapitalien und Produktionsmitteln zum Teil ungeheure Gewinne gebracht. Aber die Jahrhunderte alte Herrschaft dieser Besitzer ist bedroht. Politisch drängt das arbeitende Volk nach Gleichberechtigung, das Wirtschaftselben hat der Staat in hohem Maße unter seinen Einfluß gebracht. Die Sozialisierung der Gesellschaft ist noch nie mit solchen Helfensdrängen vorwärtsgegangen wie während des Krieges.“

Der „Grundstein“ würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er einmal nachweisen wollte, inwiefern sich der erwähnte Einfluß der Arbeiter auf den Staat Preußen-Deutschland äußert.

Die „Deutsche Lederarbeiter-Zeitung“ (April) (Nr. 5) bemerkt zu dem Abschluß des Reichstages für das Biennialjahr:

„An vollen Heben Tagen also — ohne die übrigen Tage der Ausarbeitung der Tarifvorlage — ist das Für und Wider der einzelnen Tarifbestimmungen aufs eingehendste erörtert und über Form und Inhalt der verschiedenen Tarifpositionen mandamental recht viele von den beiden Parteien geistig gerungen worden. Aber das war notwendig. Einmal ist es ein

Reichstag, der nicht nur für die Arbeiter, sondern für den ebenso gut in die Friedensverhältnisse hineingepaßt. Dann ist dieser neue Reichstag ein solcher, der die gesamte deutsche Schuhindustrie ohne Ausnahme umfaßt, daher eine eingehende und vorläufige Beratung sich als besonders zweckmäßig erwies, wenn er seinen Zweck tatsächlich erfüllen und die Interessen aller Beteiligten entsprechend schützen sollte.“

Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu Berlin.

Bekanntmachung betreffend Verwendung freigegebener Leder.

Auf jedem Freigegebenen Leder wird in Zukunft der Verwendungszweck der Leder angegeben werden. Freigegebene Leder dürfen nur zu den im Freigegebenen angegebenen Zwecken verarbeitet werden.

In denjenigen Fällen, in denen sich nachträglich herausstellen sollte, daß die Verwendung der freigegebenen Leder für den ursprünglich in Aussicht genommenen Zweck nicht möglich ist, wird die Kontrollstelle auf Antrag nach Prüfung der Sachlage von Fall zu Fall einen anderen Verwendungszweck bestimmen.

Auf den über freigegebene Leder auszustellenden Rechnungen ist der im Freigegebenen angegebene Verwendungszweck zu vermerken.

Berlin, den 16. März 1918.

Kontrollstelle für freigegebenes Leder.

Dr. Raeger.

Leberwahrungsausschuß der Schuhindustrie.

Nachtrag zur Bekanntmachung Nr. 164 vom 5. Dezember 1917

betrifft Vorschriften für die Herstellung von Kriegskriegsschuhwert „G“.

1. Da: zu verwendende Material. 2. Das Schafffutter.

Von Größe 26 abwärts dürfen wegen der empfindlichen Kinderfüße weder Papiergewebe noch gestülpte Abfälle für das Schafffutter verwendet werden um einen Druck durch die Nähte zu vermeiden.

Nachtrag zur Bekanntmachung Nr. 161 vom 19. November 1917

betrifft Vorschriften für die Herstellung der verschiedenen vom Leberwahrungsausschuß der Schuhindustrie festgelegten Größen Kriegsschuhwert für die bürgerliche Bevölkerung.

In Kriegsschuhwert A und B.

2. Ausführungsvorschriften.

Bei B, Lederbeflag beziehungsweise Blatt. Der Leder-Hinterriemen soll nach unten bis zum Hinterfuß breiter und bogenförmig verlaufen und an der breitesten Stelle in der Größe B mindestens 6 Zentimeter betragen.

In Kriegsschuhwert C.

Die Verwendung von Papiergewebe für das Schafffutter als Außenstoff ist nicht gestattet.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam für die Woche vom 25. März bis 31. März der 13. Beitrag fällig ist.

Der Sachstelle Gorau, N.-L., wurde auf deren die Genehmigung erteilt, vom 1. April d. J. ab einen Beitrag von 5 Pf. pro Woche und Mitglieder zu erheben.

Die Mitglieder genannter Sachstelle machen durch aufmerksam, daß die Nichtbegleichung dieser neuer die Folgen des § 9 Abs. a nach sich zieht.

Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsbeiträge sind als verloren gemeldet und werden hiermit gültig erklärt:

- Karl Trost, B.-Nr. 27061, eingetreten am 2. 1889 in Weisenfeld.
Anna Witzel, B.-Nr. 6766, eingetreten am 22. 1906 in Nürnberg.
Stanislaus Marohn, B.-Nr. 52256, eingetreten 27. Februar 1911 in Röhnd.
Christian Kist, B.-Nr. 68 600, eingetreten am 1911 in Stuttgart.
Martha Henning, B.-Nr. 62 442, eingetreten 22. Juni 1912 in Burg.
Ernst Menzel, B.-Nr. 66 346, eingetreten 27. Februar 1914 in Weisenfeld.
J. Dauer (Karte) eingetreten am 2. Juli 1914 in Jahnau.
Nürnberg, den 22. März 1918.

Zentral-Kranken- und Sterbelaßen Schuhmacher u. v. B. Deutschlands

(Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit in Hamburg)

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 10. Februar bis 16. März 1918.

- Wieser 80.—, Guckrow 50.—, Duisburg 50.—, Pauli 200.—, Preeß 150.—, Altona 200.—, Calau Weimar 50.—, Dausenstamm 60.—, Goldberg 100.—, Summa: 1040.—

Zusatz erzielten:

- Nietesheim 350.—, Rebau 60.—, Weisenau Niederroden 200.—, Sondershausen 60.—, Bieder Anhabt 150.—, Bürgel 200.—, Neustadt 200.—, diebach 150.—, Bremen 200.—, Pögnau 100.—, Effen Esfurt-Nord 100.—, Oelitzsch 50.—, Ehrenfriedeburg Eutlingen 200.—, St. Anheim 100.—, Mühlplein Nowawes 100.—, Dapfö 40.—, Ceburg 85.—, Dorf 150.—

Summa: 4006.—

Hamburg, den 16. März 1918.

H. Ebel, Hauptkassier.

Zur Beachtung!

- Wer an das „Schuhm.-Fachblatt“ etwas zu hat, muß unter allen Umständen folgendes befolgen:
1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschriften.
2. keine Blei- und auch keine Intenstifte verwenden.
3. nicht zu eng schreiben, damit reaktionsfähiger sein.
4. durch Korrekturen, Abänderungen oder Streichungen nicht das Manuskript unlesbar machen.
5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben.

Tüchtige Schuhmacher

gesucht.

Carl Zeiß, Jena (Pers.-Bureau).

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen) über Schuhmacherwerkzeuge (soeben erschienen). — Versand gratis und franco. — C. Wöglé, Berlin, Lothringersstraße 83.

Einige geübte Lederzuschneider werden sofort eingestellt. Max Tack, Schuhfabrik Strausberg b. Berlin.

Die Arterienverkalkung (Erkennung, Schlagfluß, Wunden, Verhärtung und Verengung von Dr. Kuba. Wertvolle Ratsschläge und die zur Verhütung. Preis nur RM. 1.80 per Nachnahme. Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Gartenstadt.

1 tüchtiger Handzwilch sowie mehrere tüchtige Schuhmacher arbeiten und Reparaturen sofort gemacht. Otto Seinede, Bad-Dehn.

Handstanzmesser Größe I 8,00 RM. — II 7,50 RM. — III 6,00 RM. Fernruf 580 Amt Oßlig. Ihes Brenner, Merckel d. 60.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Frauenberufsarbeit als Gegenwarts- und Zukunftsproblem.

Immer deutlicher trat mit der längeren Dauer des Krieges die wachsende Bedeutung der Frauenarbeit in der Wirtschaft zutage. Wohl konnte man jahrzehntlang ein unerschütterliches Ansehen der Zahlen weiblicher Erwerbstätiger feststellen. Der gewaltige Aufschwung während der Kriegsdauer war aber nur durch die Zeitverhältnisse möglich, es bewirkte, daß Frauen und Mädchen in Vorposten einströmten, die sonst ausschließlich von Männern ausgefüllt waren. Daß sich die Frauen in diesen Berufen bewährten, zeigt die Aufmerksamkeit aller, die sich nicht ohne weiteres über aus ihnen entfernt werden können, wenn sie guten Aufschluß voraussetzt, auch in Zukunft in Berufen arbeiten zu wollen, in denen sie während des Krieges Eingang gefunden hatten.

Dadurch, daß die Zunahme der Frauenarbeit nach dem Kriege, in der Uebergangswirtschaft (soweit als in der Friedenswirtschaft, wohl anhalten wird, werden eine Reihe von Problemen aufgeworfen, die neben allgemeinen sozialpolitischen Problemen auf die Aufmerksamkeit aller erfordern, die den fördernden oder hemmenden Einfluß der Massenbeschäftigung von Frauen auf die Volkswirtschaft erkennen. Vor allem aber müssen die Arbeiterinnen selbst das stärkste Interesse für diese Fragen haben, weil Erwerbsarbeit und Hausarbeit schon immer zu den schwersten Konflikten im Arbeitsmenschenleben führten.

Die „sozialistischen Monatshefte“ haben seit längerer Zeit durch eine fortwährende Reihe von Artikeln alle wichtigen zu Diskussion gestellt, die zur Klärung dieses wichtigen Problems beitragen können und vielleicht zur praktischen Lösung der Frage geeignet erscheinen.

Mit einer längeren Arbeit „Zur Frage der Frauenberufsarbeit“, die in fünf Artikeln: „Ausdehnung und Begrenzung der Frauenberufsarbeit“, „Gesundheitliche Bedingungen der Frauenberufsarbeit“, „Die Unterordnung der Frauenberufsarbeit“, „Organisation und Lohnpolitik der Frauenberufsarbeit“ und „Der sogenannte wahre Beruf der Frau“ alle bisher bekannten Erörterungen auf dem Gebiete der industriellen Frauenausbildung behandelte, leitete Dr. Max Quard die Diskussion über diese Fragen ein.

Im Mittelpunkt aller dieser Fragen steht die mindere Entlohnung der Arbeiterinnen, aus der sich schwere, aber notwendige wirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben müssen. Keinen Zweifel an der Tatsache, daß die Arbeiterinnen schon in normalen Zeiten nicht aus, um die im Arbeitsprozeß vorzunehmenden Körperkräfte zu erneuern, so ist das noch weniger in der Kriegszeit der Fall, die bei unzureichender Ernährung an die körperliche Leistungsfähigkeit der Frauen die allerhöchsten Anforderungen stellt. Die Folge ist dauernde Gesundheitsbeschädigung, die zu einer schweren Gefahr für die kommende Generation wird, weil die Kinder überarbeiteter, schlecht ernährter Mütter schon mit dem drittem Lebensjahre erniedrigte Schicht bezahlte Frauenarbeit bringt auch schwere materielle Schädigungen für den männlichen Arbeiter mit sich, besteht doch für diesen ständig die Gefahr, daß die geringere entlohnte Arbeiterin seinen Lohn leicht heranzubringen und ihn auch gänzlich aus seinem Posten verdrängen kann. Ob man Quard unbedingt recht geben muß, daß die niedrige Entlohnung der Frau in der alten Anordnung der Dinge, man könne der Frau nicht die gleiche Arbeitsleistung wie dem Manne zumuten und müsse deshalb ihre Leistung auch geringer bewerten? Die Unternehmer machen sich ja gewöhnlich diese Auffassung zu eigen, wenn sie grundsätzlich Frauenleistungen geringer als Männerleistungen anerkennen. Gleichen Lohn für gleiche Leistungen durchzuführen und damit der gesunden Entwicklung der Frauenberufsarbeit den Weg zu ebnen und die Gefahr der Lohnverdrängung durch die weibliche Konkurrenz zu beseitigen, meint Quard, Aufgabe der Organisationen. Gegen diese wird sogar der Vorwurf erhoben, sie hätten den Arbeiterinnen gegenüber nicht in vollem Umfange ihre Schuldigkeit getan. Diese Normfrage werden von den sich an der Diskussion beteiligenden Organisationsvertretern und -leiterinnen mit Recht zurückgewiesen. Die Gewerkschaften haben es nie daran fehlen lassen, für die Organisation der Arbeiterinnen alles zu tun. Doch haben sich bisher die Arbeiterinnen dem Organisationsgedanken gegenüber ziemlich gleichgültig verhalten, obwohl die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen sich nur unter dem stärksten Druck der Arbeiterinnen selbst entwickeln kann. Ihre niedrige Entlohnung mit ihrer geringeren Leistungsfähigkeit und ihren geringeren Lebensansprüchen zu begründen, geschieht meinetwegen nach zu Unrecht. Wohl ist die Leistungsfähigkeit der Frau größeren Schwankungen unterworfen als die des Mannes. Doch wäre zu erörtern, ob nicht die getragenen Lebensansprüche der Arbeiterin ihre Ursache darin haben, daß ihre niedrigen Löhne es verbieten, höhere Lebensansprüche zu stellen.

Gleiche Löhne für gleiche Leistungen wird deshalb als grundsätzliche Forderung immer wieder erhoben werden müssen. Diese scheint so einfache Frage erweist sich doch

in ihrer Lösung schwieriger, als man zunächst annimmt. Wird es sich doch bei der Beurteilung der Arbeitsleistung von Frauen und Männern nicht nur darum handeln, Vergleichende der Einzelleistungen anzustellen, vielmehr wird die Gesamtleistungskraft des einzelnen in Rechnung zu stellen werden müssen. Diese Frage wird in den Artikeln von hiesigen Gewerkschaftsführern aus ihrer Praxis heraus sehr eingehend behandelt. Auch wird als Hauptgrund für die hergehende Auffassung der Minderwertigkeit der Frauenarbeit angeführt, daß alter Gemüthsart folgende Arbeiterin in der Ausübung einer Tätigkeit die Leibesanstrengung nicht in dem Maße zu leisten vermag, wie der Mann, der nicht nur seinen ganzen Stolz darin setzt, sich allmählich zu höher bezahlten Stellen seines Berufs heranzuwenden, sondern der auch weiß, daß er einmal von seinem Einkommen auch die Arbeiterin zu ihrer Arbeit mehr und mehr in ein persönliches Verhältnis kommen und sich zur Qualitätsarbeiterin entwickeln muß, wenn grundsätzlich gleiche Leistungen mit gleichen Löhnen bezahlt werden sollen. Sonst bleibt die Gefahr bestehen, daß die Arbeiterinnen dauernd eine untergeordnete Stellung in der Industrie einnehmen werden.

Die Lösung aller der Fragen, die durch die Frauenberufsarbeit aufgeworfen werden, ist gewiß eine recht schwierige. Handelt es sich doch nicht nur darum, die bessere Entlohnung der Frauenarbeit durchzusetzen, um zu gleichen Löhnen bei gleichen Leistungen zu gelangen. Es wird noch viel zu tun sein, wenn dem Umstand Rechnung getragen wird, daß die Arbeiterin vor körperlicher Ueberanstrengung geschützt werden und daß ihr eine Familie zu ernähren haben wird. Es wird betont, daß die Erfüllung beruflicher, häuslicher und mütterlicher Pflichten, die ihr das Leben jetzt zur Qual machen, ermöglicht werden muß. Auch andere Fragen werden damit mehr in den Vordergrund gerückt. Erziehungs- und Bildungsfragen, die die Schaffung von Einrichtungen, die die arbeitende Frau der Sorge um die Kinder erheben und sie hauswirtschaftlich entlasten usw. Auf allen diesen Gebieten liegt ein weites Feld gesellschaftlicher Aufgaben noch völlig brach vor uns. Aufgaben, an deren Lösung die Arbeiterin als Angehörige ihrer Klasse besonders stark interessiert sein muß. Für die Durchführung aller Einrichtungen zur Entlastung der Arbeiterin müssen erst die Grundlagen geschaffen werden. Dazu sind umfassendere Entlohnungen unbedingte Voraussetzungen, die sich nicht im Sandumrühren vollziehen können. Eines aber steht fest: die Grundbedingung für jede Verbesserung der Frauenlöhne überhaupt ist eine ausgebreitete, möglichst zeitlose Organisation der Arbeiterinnen. Nur wenn sie in ihrer Anzahl den von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen folgen, können von diesen für sie bestimmte Löhne durchgesetzt werden. Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist nur so sehr für die Arbeiterin notwendig, als ihre Leistungen, ganz allgemein betrachtet, mit den Leistungen der Männer noch nicht auf gleicher Höhe stehen. Deshalb ist es wichtig, daß schon während der Uebergangswirtschaft durch starke Organisationsarbeit der Entwertung der Frauenarbeit entgegengetreten werde. Der Krieg hat den Arbeiterinnen die Erkenntnis aufgehen lassen, daß die Eheausichten sich darin räumen, und daß sie mehr und mehr gezwungen werden, sich auf eigene Füße zu stellen und ihre Arbeit als Lebensberuf ansehen lernen müssen. Dadurch wird ganz selbstverständlich das Bestreben hervorgerufen, sich mehr in der Arbeit zu verankern, um nicht in der Arbeitslosigkeit als minderwertig dem Manne gegenüber eingeschätzt zu werden.

Die Diskussionsartikel in den „sozialistischen Monatsheften“ behandeln die durch die Frauenberufsarbeit als Gegenwartsproblem aufgeworfenen Fragen nach jeder Richtung hin mit außerordentlicher Gründlichkeit. Die Namen der Verfasser: Emil Roth, Herm. Mattiast, Paula Thiele, Gertrud Hanna, Heinrich Schäfer, Edmund Fischer, M. d. R., Hugo Böhm, Robert Schmidt, M. d. R., August Wilmig, Friedrich Klees, Marie Juchacz, Martha Hoppe, Th. Wagner, Emil Birbig, Heinrich Schulz, Georg Schmidt, Felix Weidner sind der Arbeiterin längst bekannt. Sie bürgen für die gründliche und sachliche Erörterung der Fragen. Die Ansichten weiterer Gewerkschaftsführer sind noch zu erwarten.

Bei der Wichtigkeit der Fragen erscheint es nicht nur geboten, daß die berufsmäßig sich in der agitation beteiligenden Kollegen und Kolleginnen sich mit dem Studium dieser Artikel befassen. Es sollten vielmehr alle vorwärts strebenden Mitglieder es sich angelegen sein lassen, sich Kenntnis über diese Fragen zu verschaffen. Die Männerarbeit der Frauen, die Väter heranwachsender Töchter werden aus diesen Artikeln erkennen müssen, welche Gefahr die niedrige Entlohnung der Arbeiterin bei der wachsenden Zahl weiblicher Erwerbstätiger für die Allgemeinheit bedeutet und wie notwendig für die Behebung dieser Gefahr die Organisation der Arbeiterinnen ist. Die Arbeiterinnen selbst aber werden beim Studium der Artikel erkennen, daß ihre Anteilnahme am gewerkschaftlichen Leben nicht nur für sie selbst, sondern für die Gesamtheit der Arbeiterin eine um so größere Bedeutung gewinnt, je mehr Arbeiterinnen durch die Arbeit (Zeit und durch die technische und industrielle Entwicklung in das Erwerbsleben einströmen.

Den Arbeiterinnen erwächst ferner auch die Aufgabe,

durch ihre Zugehörigkeit zur Organisation die Einrichtungen zu fordern und schaffen zu helfen, die zur Entlastung arbeitender Frauen geschaffen werden müssen. Die „sozialistischen Monatshefte“ dürften in vielen Gewerkschaftsbibliotheken, in den Kartell- oder öffentlichen Bibliotheken zu haben sein. Wo sie erhältlich sind, kann unseren Kolleginnen das Studium dieser ihre eigenen Interessen behandelnden Artikel nicht dringend genug empfohlen werden.

Martha Hoppe

Die weitere Zunahme der Frauenarbeit.

Das Jahr 1917 hat eine weitere Verstärkung des zahlenmäßigen Bestandes der Arbeiter und Arbeiterinnen zueinander gebracht. Im Januar bildeten die männlichen Arbeiter mit 4 618 100 die Mehrzahl gegenüber den 4 434 872 Arbeiterinnen. Aber schon im April bestand das umgekehrte Verhältnis mit 4 403 521 Arbeiterinnen gegenüber 4 293 375 Arbeitern; im Oktober wurde mit 4 928 278 Arbeiterinnen der Höhepunkt der weiblichen Arbeit erreicht, aber im November bildeten sie mit 4 428 194 gegen 4 100 000 männlichen Arbeiter die große Mehrheit von 267 129. Am 1. Januar 1918 waren mit 4 888 831 um 229 346 weniger männliche Arbeiter beschäftigt, als am 1. Januar 1917, dagegen mit 4 578 8553 um 144 181 Arbeiterinnen mehr, was eine Verstärkung zugunsten des männlichen Geschlechts um 873 352 bedeutet. Beim Jahresdurchschnitt waren 210 000 Arbeiterinnen mehr beschäftigt als Arbeiter.

Nach den Berufsgruppen verteilen sich die Arbeiterinnen im Dezember 1917 mit 570 000 auf die Landwirtschaft, 604 168 auf die häusliche Dienstleistung, zusammen rund 1 200 000, so daß auf Gewerbe, Industrie und Handel noch 3 240 000 entfallen. Seit dem 1. Juli 1914, da die Gesamtzahl der in den Krankenkassen versicherten Arbeiter 1 177 428 betrug, ist sie um 3 898 346 auf 7 936 082 zurückgegangen. Aber der Rückgang entfällt allein auf das männliche Geschlecht, dessen Zahl sich von 7 536 761 auf 4 270 450 oder um 3 266 306 verminderte, während sich die Zahl der Arbeiterinnen von 4 237 687 um 208 071 auf 4 440 378 vermehrte. Die stetige Vermehrung der Zahl der Arbeiterinnen erfolgt natürlich auf die Industrie, speziell auf die der Metall- und Maschinenindustrie angehörige Waffen- und Munitionsindustrie. Die Waffnen der neuen Industriearbeiterinnen rekrutieren sich in der Hauptsache aus den in der Hauswirtschaft unter dem Einfluß des Krieges entlassenen geordneten Personal, so aus den Frauen und Töchtern der proletarischen und mittelständlichen Soldaten sowie der Familien dieser Volksschichten, deren Ernährer wohl zu Hause ist, aber nicht genug für die Erhaltung aller Angehörigen zu verdienen vermag, und die daher die wirtschaftliche Not zur Erwerbsarbeit zwingt. Innerhalb der Industrie selbst fanden auch erhebliche Verstärkungen statt, indem z. B. aus der stark reduzierten Textilindustrie zahlreiche Arbeiterinnen in die Munitionsindustrie usw. abwanderten.

Die industrielle Frauenarbeit hat in der Kriegszeit eine ungeahnte große Bedeutung gewonnen und zwar in allen Ländern, nicht nur in Deutschland, und es erweist sich deshalb auch den Arbeiterinnen die hohe Pflicht, gegen sich selbst, gegenüber ihren Angehörigen und gegenüber der gesamten Arbeiterklasse, sich mit den Männern gewerkschaftlich zu organisieren. Die proletarische Gemeinschaftsarbeit muß auch die Arbeiterin mitverrichten, denn
Einer für alle und alle für einen!

Lohnrückgang bei Ueberangebot von Arbeitskräften.

Einen Beweis dafür, wie Ueberangebot von Arbeitskräften und Lohnrückgang eng zusammenhängen, wenigstens dort, wo keine starke Arbeiterorganisation auf die Lohnhöhe Einfluß üben kann, liefert folgende Stelle aus einem Bericht des Verbandes Märitischer Arbeiterinnen aus der Mitte des Monats Januar d. J.:

... Das Angebot von Verkäuferinnen, Buchhalterinnen und Kontoristinnen dagegen übersteigt die Nachfrage, was aus der Zusammenlegung und Verteilung vieler Betriebe zu erklären ist und was einen leichten Lohnrückgang zur Folge hatte.

Mit der Organisation unter den genannten Arbeitsträften ist es nur schwach bestellt. Deswegen besteht die Gefahr, daß bei Nachlassen der Konjunktur der Lohnrückgang für viele Arbeitsträfte besonders groß sein wird. Nur der Zusammenschluß der Arbeitsträfte kann dem vorbeugen.

Die elterliche Gewalt der Kriegserwitwe.

Unser bürgerliches Recht kennt den Begriff der „elterlichen Gewalt“. Es besteht in dem Rechte und der Pflicht, für die Person und das Vermögen des Kindes zu sorgen,

